

Thomas Eppacher, Private Sicherheits- und Militärfirmen – Wesen, Wirken und Fähigkeiten, Berlin u.a. (Lit-Verlag), 2012.

Staaten intervenieren immer öfter in niederschweligen Konflikten, sogenannten „low intensity conflicts“, doch ihre regulären Streitkräfte besitzen häufig nicht die notwendigen spezialisierten Fähigkeiten für solche Einsätze. Diese werden heute vielfach von privaten Sicherheits- und Militärfirmen (PSC) angeboten und ausgeführt. Wie weit diese Privatisierung von einst dem staatlichen Gewaltmonopol unterliegenden Sicherheitsdienstleistungen fortgeschritten ist, zeigt Thomas Eppacher, Offizier im österreichischen Bundesministerium für Landesverteidigung, in einer ausführlichen Studie auf, die aus seiner Dissertation an der Universität Wien hervorgegangen ist.

Nach einer historischen Einordnung des Phänomens PSC in Abgrenzung zu bekannten Formen des Söldnertums bewertet Eppacher die Dienstleistungen privater Sicherheitsfirmen auf der Grundlage einer Auswertung von über 900 Webseiten, auf denen diese ihre Angebote darstellen. Unter Verwendung eines weiten Sicherheitsbegriffs zeigt er anschließend die Rahmenbedingungen auf, unter denen PSC vom regulären Militär eingesetzt werden. Die zunehmende Techniklastigkeit moderner Kriegführung, bringt einen überproportionalen Bedarf an technisch versierten Experten für logistische oder IT-Aufgaben mit sich, der von regulären Streitkräften in keiner Weise gedeckt werden kann. Zusätzlich hat der veränderte Charakter des Krieges – weg von territorial eingegrenzten, zwischenstaatlichen Konflikten hin zu komplexen, sich wandelnden Interventionen – zu vollkommen neuen Anforderungsprofilen an die eingesetzten Truppen geführt. Die Kommodifizierung von Sicherheit hat einen riesigen, sich dynamisch verändernden Markt für Sicherheitsdienstleistungen entstehen lassen, so Eppacher, der sich durch ständige Angebotserweiterungen und -spezialisierungen, durch Firmengründungen und -übernahmen, aber auch durch spektakuläre Verfehlungen wie im Falle des Blackwater-Skandals auszeichnet. Die „Neoliberalisierung“ der Welt, die unübersichtlichen Strategien des Outsourcing von öffentlichen und privaten Akteuren sowie die Kriminalisierung von

Konflikten und die damit verbundene Mindertransparenz stellen große Herausforderungen für die politische Kontrolle sowie die rechtliche Einbettung beim Einsatz von PSC dar. Nur in Ansätzen geht Eppacher auf die Versuche ein, diese Entwicklungen im Rahmen internationaler oder Global-Governance-Mechanismen zu bändigen und zu regulieren. Vertrauen in eine reine Selbstregulierung des Marktes hat der Autor nicht. Er verweist jedoch auf die komplizierten internationalen Interessenlagen, die eine konsensuale Formulierung von Verhaltenskodizes ebenso verhindern wie die diskutierte Einrichtung von Clearingstellen. Eppacher verweist in diesem Zusammenhang auf die Gefahren einer Verselbständigung von Konflikten, an denen PSC ohne klare Mandatierung beteiligt sind. Denn es gibt einige Beispiele dafür, dass private Akteure ein Interesse daran haben könnten, Konflikte aus Profitinteresse am Leben zu erhalten. Der Einsatz von PSC kann folglich die anarchische Struktur des internationalen Systems verstärken.

Es zeigt sich jedoch auch, dass PSC in bestimmten Situationen sinnvoll eingesetzt werden können, etwa dann, wenn es ein klares Mandat gibt und die Einsatzbedingungen transparent sind. Zu solchen Einsätzen gehören die Bereitstellung von Transportkapazitäten in sicheren Gebieten sowie verschiedene Formen von Objekt- und Geleitschutz. Auch Nichtregierungsorganisationen greifen immer öfter auf die Dienstleistungen von PSC zurück, vor allem, um das eigene Personal in politisch instabilen Regionen zu schützen. Der Verfasser zeigt, dass Österreich derzeit ausschließlich logistische Dienstleistungen ausgliedert. Dieser Prozess verläuft über sogenannte Standardverträge, die zum Beispiel eine Wartungsvereinbarung mit der Firma Krauss-Maffei Wegmann für das Allschutzfahrzeugs „Dingo 2“ beinhalten; dabei garantiert die Firma die weltweit durchzuführende Wartung. Ähnlich wie die Bundeswehr mietet das österreichische Bundesheer außerdem Kapazitäten für den strategischen See- und Lufttransport, um eigene Engpässe zu überbrücken.

Eine wichtige Frage ist, ob sich der Einsatz von PSC zur Senkung der Kosten im Verteidigungshaushalt demokratischer Staaten in Zeiten knapper Kassen tatsächlich rechnet. Wie Eppacher an ein-

zelnen Beispielen zeigt, sind die Ergebnisse nicht generalisierbar. Die Intensität des Einsatzes von PSC hängt vom Verlauf des jeweiligen Konflikts ab. Aber auch externe Ereignisse und Skandale können die Effizienz des Einsatzes von PSC verringern. So geriet die Firma Blackwater in den Blick der Weltöffentlichkeit, als Fernsehbilder vom 31. März 2004 vier tote Mitarbeiter der Firma im irakischen Falludscha zeigten, die an einer Euphratbrücke aufgehängt waren. Die inzwischen in „Academi“ umbenannte PSC sorgte zusätzlich für Negativschlagzeilen, als deren Mitarbeiter im September 2007 17 Zivilisten töteten. Die Firma musste 2009 den Irak verlassen.

Der Prozess der Privatisierung von Sicherheit ist mittlerweile irreversibel, glaubt der Autor und verweist auf den hohen Grad an Verpflichtungen, die staatliche Armeen bereits gegenüber PSC eingegangen sind. Die Landstreitkräfte der USA werden beim Einsatz zahlreicher Waffensysteme von privaten Unternehmen geschult. Dies führt zu einer erheblichen Zunahme an Abhängigkeiten, meint Eppacher: die US-Armee kann „den Großteil der Wartung, Instandhaltung, teilweise auch der Bedienung zumeist technisch anspruchsvollen Geräts weder im Friedensbetrieb noch im Einsatz durch eigene, den Streitkräften zugehörige Organisationselemente sicherstellen“ (S. 20). Zu diesen Systemen zählen zum Beispiel das Raketenabwehrsystem „Patriot“, der Kampfhubschrauber AH-64 „Apache“, der Kampfpanzer M1 A2 „Abrams“ sowie die Gewährleistung der digitalen Vernetzung zwischen den Truppenteilen innerhalb der *Network Centric Warfare*.

Wie weit die Substituierung regulärer Truppen durch PSC bereits fortgeschritten ist, zeigt Eppacher anhand von spektakulären Zahlen. Im Jahre 2007 überstieg im Irak die Zahl der vom US-Verteidigungsministerium eingesetzten „Contractors“ die Zahl der regulären Truppen. Im Jahr 2010 überstieg die Zahl der im Irak und in Afghanistan eingesetzten Mitarbeiter von PSC mit über 207.000 die Zahl der dort insgesamt eingesetzten Truppen. Die Frage, wie hoch die intellektuellen und technologischen Koordinierungskosten für eine immer weiter steigende Zahl an Akteuren gerade in multinationalen Missionen mit Betei-

ligung von PSC für die Individuen werden, wird nur am Rande aufgeworfen.

Neben hoher, manchmal aber fast übertrieben ausgebreiteter Detailkenntnis beeindruckt die Untersuchung dadurch, dass das Phänomen PSC durch intelligente Fragestellungen in den globalen Sicherheitskontext integriert wird. So fragt der Autor beispielsweise nach den Folgen der Zunahme an privaten Sicherheitsdienstleistungen für die globale Sicherheitsarchitektur. Für Eppacher ist für die Stabilität der internationalen Ordnung mitentscheidend, ob die Staaten zukünftig in der Lage sein werden, ihr Gewaltmonopol angesichts der zunehmenden Abhängigkeit von privaten Dienstleistungen aufrechtzuerhalten. Die Privatisierung immer weiterer Bereiche von Sicherheit könnte sonst dazu führen, dass diese von einem öffentlichen Gut zu einem exklusiven Gut für eine zahlungskräftige Klientel degeneriert.

PSC beeinflussen jedoch nicht nur die inneren Ordnungen von Staaten, sondern auch die globale Machtstruktur. Eine zentrale These des Buches lautet, dass die Verfügung über Sicherheitsdienstleistungen die Fähigkeit von Staaten zur Machtprojektion erhöht. Eppacher zufolge können sich vor allem westliche Staaten den Einsatz von PSC leisten und gewinnen damit an Macht im Vergleich zu nicht-westlichen Staaten. Sind die PSC nun Akteure, die Friedensprozesse optimieren, oder tragen sie zur Verschärfung und Verlängerung von Konflikten bei? Diese wichtige Frage, so Eppacher, ist nur im jeweiligen Konfliktkontext zu beantworten.

Mit seinem Buch hat der Militärpraktiker Eppacher einen wichtigen Beitrag zur Analyse von PSC geleistet – das Kompendium ist aufgrund seiner guten Strukturierung auch als Nachschlagewerk zu empfehlen.

Christoph Rohde

Christopher Daase, Philipp Offermann, Valentin Rauer (Hg.): Sicherheitskultur. Soziale und politische Praktiken der Gefahrenabwehr, Frankfurt am Main/New York (Campus Verlag), 2012.

Das Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit sowie die *Versicherheitlichung* der westlichen Gesellschaft sind zunehmend Gegenstand wissen-

schaftlicher Diskussionen geworden. Die Sicherheit wird zum neuen Paradigma und zur neuen Leitvokabel. Der Sammelband unternimmt den Versuch, Ausmaß und Tragweite dieses Wandels zu bestimmen. Er stützt sich dabei auf ein integratives Forschungsprogramm, das verschiedene empirische Forschungsfelder und Disziplinen mit einbezieht. Ein kulturorientierter Sicherheitsbegriff bietet sich an, um empirische Praktiken zu erfassen, verschiedene Institutionen, Akteure und Technologien zu analysieren oder den Unterschied zwischen objektiver und subjektiver Sicherheit zu bestimmen – denn all dies entscheidet letztlich darüber, was unter Sicherheit in lokalen und internationalen Situationen verstanden wird.

Das Buch ist in fünf Kapitel unterteilt, die sich jeweils mit spezifischen Fragestellungen beschäftigen. Zunächst bietet der Sammelband im ersten Kapitel eine Einführung in die grundlegenden Begriffe und Konzeptionen eines sicherheitskulturellen Forschungsprogramms. Der Beitrag von Christopher Daase stellt den Versuch dar, den Begriff der Sicherheitskultur zu klären. Sicherheitskultur ist Daase zufolge die Summe der Überzeugungen, Werte und Praktiken von Institutionen und Individuen, die darüber entscheiden, was als eine Gefahr anzusehen ist und mit welchen Mitteln dieser Gefahr begegnet werden soll. Der Begriff bietet einen Rahmen an, um soziale und politische Wandlungsprozesse zu erklären, unter anderem den Wandel des Verständnisses von Sicherheit. Dabei unterstreicht Daase eine wechselseitige Wirkung: Der Wandel des Sicherheitsbegriffs verändert beispielweise Erwartungen an die Sicherheitspolitik, während Forderungen nach umfassenderen Schutzvorkehrungen die institutionellen Praktiken und politischen Strukturen verändern. Daase zeigt, dass der politische Versuch, mehr Sicherheit herzustellen, gleichzeitig mit der Erzeugung neuer Unsicherheiten einhergeht. Dieses Paradox deutet er als Grundlage für den Wandel der Sicherheitskultur.

Das zweite Kapitel umfasst Beiträge, die den methodologischen Unterbau des sicherheitskulturellen Forschungsprogramms näher beleuchten. Darin sind unterschiedliche Ansätze zu finden, die das Ziel verfolgen, spezifische sicher-

heitskulturelle Dynamiken zu erfassen. Valentin Rauer versucht zum Beispiel mit seinem Aufsatz, nicht-diskursive und nicht-sprachliche Praktiken in die Analyse des Wandels der Sicherheitskultur zu integrieren. Dafür zieht er die Akteur-Netzwerk-Theorie heran und erweitert sie mit einer Perspektive aus Mensch-Maschine-Interaktion. Es sind in der Tat nicht nur menschliche Akteure, sondern auch gesellschaftsrelevante Interaktionsformen von Maschinen, die Ereignisse als Gefahren definieren (Einsatz von Drohnen in Städten, DNA, etc.). Der Beitrag von Ulrich Bröckling beschäftigt sich mit den diskursiven Praktiken der Gefahrenabwehr und der Zunahme von Dispositiven der Vorbeugung: Gefahrenabwehr, Resilienz und Vorsorge. Diese Praktiken der Gefahrenabwehr legitimieren den Machtanspruch von Präventionsregimen. Durch diesen sicherheitskulturellen Wandel kann staatliches Handeln allerdings an Legitimität einbüßen und es können neue Regime der Notstandsbekämpfung entstehen, die nicht von legitimem Handeln, sondern von gesellschaftlichen Ordnungen geprägt sind.

Einen weiteren interessanten Teil des Bandes liefert das dritte Kapitel. Hier wird der sicherheitskulturelle Wandel mit Blick auf gesellschaftliche Gruppen und Akteure untersucht und deren Spannungen und Eigenlogik veranschaulicht. Der Beitrag von Hendrik Hegemann und Martin Kahl beschäftigt sich mit Beispielen zu nicht-militärischen Entscheidungen und Maßnahmen der Terrorismusbekämpfung in westlichen Demokratien, die mit einer Ausdehnung von Eingriffsbefugnissen von Sicherheitsbehörden einhergegangen sind. Der Kampf gegen das vermeintliche Risiko „Terrorismus“ eigne sich gut, um grundlegende Wandlungen der Sicherheitskultur in der Risikogesellschaft aufzudecken. Die Autoren zeigen, dass sich die politischen Akteure bei der Auswahl und Gestaltung von Maßnahmen nicht nur an Eigeninteresse oder Erwägungen wie Wirksamkeit, Notwendigkeit oder Angemessenheit orientieren, sondern auch kulturell vorgeprägt sind und bei ihren Entscheidungen sowohl kurzfristige Gelegenheitsfenster nutzen als auch einer Logik symbolischen Handelns folgen. Der Beitrag von Patrick Masius beschäftigt sich mit dem historischen

Wandel der Sicherheitskultur. Der Autor zeigt anhand von Beispielen, wie etwa den Rheinüberflutungen, dass bei der Definition solcher Gefahren nicht allein sicherheitskulturelle Weltbilder, sondern auch die Interessen der beteiligten Akteure entscheidend sind. Bernhard Frevel und Verena Schulz beziehen sich in ihren Ausführungen ebenfalls auf Akteure der Sicherheitskultur und gehen auf die Herausbildung von kooperativer Sicherheitspolitik im Zusammenhang von *Safety* und *Security Governance* ein. Die Bedeutung privatwirtschaftlicher Anbieter hat in der Tat sowohl im operativen Bereich als auch in den Bereichen der politischen Zielfindung, Strategiebildung und Normenentwicklung zugenommen. Dieser Umstand lässt sich durch veränderte Gefahrenlagen sowie Erwartungen der Bürger erklären, die die staatlichen Akteure unter Druck setzen und sie an die Grenzen ihrer Handlungsfähigkeit bringen.

Im vierten Kapitel geht es um globale Sicherheitskultur. Die Autoren befassen sich hier insbesondere mit Wandlungsprozessen innerhalb internationaler Normenentwicklung. Julian Junk beschreibt die internationale und regionale Sicherheitskultur als eine von den beteiligten Akteuren geteilte Moralvorstellung davon, was internationale oder regionale Sicherheit bedeutet. Er analysiert in diesem Zusammenhang die Entstehung und Entwicklungspraxis der *responsibility to protect* (R2P), die sich schrittweise zu einem konstitutiven Element einer internationalen Sicherheitskultur zu entwickeln scheint. Andrea Schneiker und Jutta Joachim analysieren die (moderate) Haltung von US-amerikanischen und britischen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) gegenüber privaten Sicherheits- und Militärfirmen (PSMFs). Beide gelten als Beispiele von Akteuren der Sicherheitskultur, indem sie durch Versicherunglichung Bedrohungen definieren und darüber bestimmen, wie diesen Bedrohungen zu begegnen ist. Thorsten Bonacker widmet sich seinerseits der Sicherheitskultur internationaler Administrationen in Nachkriegsgesellschaften. Er beschreibt sie als Orte, an denen verschiedene Akteure ihre Vorstellungen von Sicherheit und Unsicherheit verhandeln müssen und erläutert zudem, wie die internationale Gemeinschaft grundlegende Sicherheits-

bedürfnisse in Post-Konflikt-Gesellschaften dauerhaft zu verankern versucht.

Abschließend geht der Band im letzten Kapitel auf Fragen der Sicherheits- und Risikoperzeption ein. Die Beiträge in diesem Abschnitt untersuchen in erster Linie den Einfluss von subjektiver und gefühlter Sicherheit im Vergleich zu objektiven Gefahrenlagen. Das Kapitel übernimmt Erkenntnisse aus dem ersten Kapitel, in dem festgestellt wurde, dass es in kulturwissenschaftlicher Perspektive nicht sinnvoll sei von objektiver Sicherheit zu sprechen. Es müsse vielmehr darum gehen, die vermeintlich objektive Sicherheit zu dekonstruieren, um die unterschiedlichen Risikowahrnehmungen auf der Grundlage der ihnen zugrundeliegenden Normen und Rationalitäten zu erklären. Die Beiträge von Franz Porzolt, Igor Polianski, Johannes Clouth, Werner Burkart, Martin Eisemann und Lars Gerhold beschäftigen sich mit den gesellschaftspolitischen Akzeptanzbedingungen von Risiken und Unsicherheiten und analysieren Entscheidungslogiken, die sich aus der Spannung zwischen gefühlter Sicherheit und tatsächlichem Risiko ergeben. Die Autoren legen dar, dass Sicherheit ein Konstrukt gesellschaftlicher Wahrnehmung ist und dass diese Konstruktionsweisen von kulturellen Darstellungsmustern, historischen Ereignissen und individuellen Sichtweisen geprägt werden. Massenmedien liefern die Grundlage für Diskussionen, Meinungsbildung und Meinungsäußerung und entscheiden darüber, was als Sicherheit und Gefahr zu gelten hat. Die Verbreitung überzogener Gefahrenwahrnehmungen durch Angstdiskurse erfolgt zudem über Politiker, die Interesse an der Aufrechterhaltung eines allgemeinen Angstzustandes haben. In diesem Zusammenhang zeigen Dina Hummelsheim, Dietrich Oberwittler und Julian Pritsch, dass zum Verständnis subjektiver Sicherheit die kulturellen Dimensionen gesellschaftlicher Ungewissheiten berücksichtigt werden müssen. Je größer die Bemühungen des Wohlfahrtsstaates um die Milderung sozialer und ökonomischer Risiken sind, desto geringer fallen die existenziellen Unsicherheiten der Bürger, die wiederum auf Kriminalität projiziert werden können, aus.

Grundsätzlich problematisiert der Band die Gefahr einer Aushöhlung der für den demokratischen Rechtsstaat so wichtigen Grenze zwischen privatem und öffentlichem Raum. Auf der einen Seite droht die Aufhebung der privat-öffentlichen Grenze durch die Erweiterung von Befugnissen staatlicher Sicherheitsbehörden, die damit in private Bereiche der Bürger eingreifen können. Damit einher geht ein Paradox: Aufgrund eines sich vergrößernden Sicherheitsbedürfnisses ist der Staat nicht mehr Beschützer, sondern wird selbst zur Bedrohung der Freiheit. Sicherheit ist damit nicht in unbegrenzter Höhe erstrebenswert, weil jede Steigerung der Sicherheit mit Kosten durch Ressourcenbindung oder Einschränkung der Freiheit einhergeht. Auf der anderen Seite stehen die fortschreitende Privatisierung im Sicherheitssektor und die damit verbundene Notwendigkeit einer stärkeren Zusammenarbeit unterschiedlichster Akteure. Hieraus ergeben sich wiederum Legitimitätsprobleme. Eine Verknüpfung von Markt und Staat verspricht zwar auf den ersten Blick mehr Sicherheit, kann aber mitunter zur Überdehnung von Sicherheit und schließlich zur Versicherheitlichung führen.

Insgesamt liefert der Sammelband einen grundlegenden und umfassenden Überblick über die aktuellen Fragen und Diskussionen um die Sicherheitskultur. Allerdings sind aufgrund der spezifischen Sprache und Begriffsverwendungen nicht alle Beiträge Einsteigern gleichermaßen zugänglich. Der Sammelband richtet sich also in erster Linie eher an Studierende und Wissenschaftler als an Laien, die sich praktische Kenntnisse über Sicherheitskultur aneignen möchten. Die Einbeziehung unterschiedlicher Disziplinen, wie zum Beispiel der Rechtswissenschaft, der Medizin oder der Psychologie, in den einzelnen Beiträgen ermöglicht eine multiperspektivische Sichtweise des Sachverhalts und trägt damit zu einer Vertiefung der Thematik bei. Der Blick auf das Thema Sicherheitskultur kann eben nicht nur aus einer politikwissenschaftlichen bzw. sozialwissenschaftlichen Perspektive erfolgen.

Julie Finkler

Lorenz Graitl, *Sterben als Spektakel. Zur kommunikativen Dimension des politisch motivierten Suizids*, Wiesbaden (VS Verlag für Sozialwissenschaften), 2012.

Als Hussein Nagi Felhi sich am 22. Dezember 2010 durch den Griff in eine Hochspannungsleitung das Leben nimmt, ist er bereits der zweite Jugendliche in der tunesischen Stadt Sidi Bouzid, der diese Form des Protests gegen die prekären Lebensumstände im Land wählt. Einige Tage zuvor hatte sich Muhammad Bouazizi öffentlich selbst verbrannt. Diese Vorkommnisse bildeten den Auftakt für eine bis heute andauernde Welle des Umschwungs in Nordafrika und im Nahen Osten. Die Erzählung der Ereignisse um Sidi Bouzid bildet die Einleitung zum vorliegenden Buch. Es stellt die altruistische Selbsttötung in ihrer Geschichte, ihren Erscheinungsformen, Motivationen und Auswirkungen dar. Das Werk, entstanden im Rahmen einer Dissertation, will nicht nur klären, „unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen ein Suizid zur politischen Waffe wird und welche Rolle Abschiedsnachrichten hierfür spielen“ (S. 15), sondern auch Methoden und Wirkungen in Zusammenhang stellen und auf diese Weise einen Beitrag zur weiteren Erforschung des politisch motivierten Suizids leisten.

Kapitel 1 leitet in das Buch ein und bietet einen kurzen Rückblick auf den Ursprung der Erforschung des altruistischen Suizids. Als Standardwerk, auf das sich viele Arbeiten zu diesem Thema beziehen, wird Émile Durkheims „Le Suicide“ aus dem Jahr 1897 ausgemacht. Neben einer Übersicht über den aktuellen Forschungsstand werden sinnvollerweise einige Fragen bezüglich der Sprachwahl geklärt sowie die Struktur des Buches aufgezeigt. Im zweiten Kapitel folgt dann unter Zuhilfenahme von bereits vorhandener Literatur die Erörterung der Frage, was ein Suizid genau ist und unter welchen Bedingungen dieser als altruistisch gelten kann. Vorhandene Definitionen werden kritisch analysiert und ausgewählte Beschreibungen des Suizids als zutreffend bewertet.

Der Autor stellt im dritten Kapitel die nach seiner Definition drei relevanten Formen des politisch motivierten Suizids

dar und grenzt sie gegenüber solchen Akten ab, die nicht-politischer Natur sind. Neben den heute oft im Fokus der Öffentlichkeit stehenden Selbstmordattentaten gibt es die Praxis des Todesfastens sowie Protestsuizide. Bei Letzteren handelt es sich häufig um Selbstverbrennungen. In diesem Abschnitt werden nicht nur Ausführungsweisen, sondern auch die historische Entstehung der Formen sowie deren Häufigkeit behandelt. Positiv zu bemerken ist, dass der Autor nicht nur Definitionen der unterschiedlichen Suizidformen aufführt, sondern immer wieder auch historische Beispiele für diese Formen gibt. So wird, insbesondere auch um den politisch motivierten Suizid von anderen Formen des altruistischen Suizids (z.B. aus rein religiösen Gründen) abzugrenzen, auf Selbstverbrennungen von buddhistischen Mönchen in Vietnam aus Protest gegen ihre Unterdrückung sowie auf das Todesfasten des IRA-Mitglieds Bobby Sands in Irland hingewiesen.

Im vierten Kapitel wird der Frage nachgegangen, warum Menschen den Suizid als Mittel wählen, um politischen Forderungen Nachdruck zu verleihen. Hier werden bereits existierende Forschungsergebnisse analysiert, wobei Graitl zunächst häufig auftretende Irrtümer der politischen oder kulturellen Einordnung solcher Akte aufdeckt, um im Anschluss verschiedene Ansätze zur Ergründung der Motive zu untersuchen.

Im fünften Kapitel folgt anhand von Beispielen eine Untersuchung von Selbsttötungen als kommunikativem Akt. Graitl räumt ein, dass die Erforschung von Suiziden die Sozialwissenschaft immer wieder vor Probleme stellt, da oft nur unvollständige Quellen zur Verfügung stünden, mit deren Hilfe die Motive für solche Akte nur bedingt rekonstruiert werden können. Dennoch versucht er, anhand ausgewählter Dokumente (i.d.R. Abschiedsbriefe) eine Interpretation. Insgesamt werden sieben politische Suizide behandelt; so zum Beispiel auch die Selbstverbrennung von Jan Palach. Der Tscheche verbrannte sich am 16. Januar 1969 öffentlich in Prag aus Protest gegen die sowjetische Unterdrückung des Prager Frühlings. Ein überlieferter Abschiedsbrief Palachs wird Satz für Satz auf dessen Bedeutung hin untersucht.

Diese Analyse erscheint etwas ausufernd, Graitl beschreibt zu oft das Offensichtliche. Die allgemeine Untersuchung von Palachs Suizid ist dennoch schlüssig und gelungen; seine Motivation war zweifelsfrei politisch, da er die Bürger der Tschechoslowakei zur weiteren Unterstützung der Ideale des Prager Frühlings motivieren wollte. Die Schlussfolgerung des Autors ist wie bei den weiteren Beispielen nachvollziehbar und gut begründet. Palachs Suizid habe nur geringe direkte Auswirkungen gehabt, die Regierung habe in der Folge keine Zugeständnisse gemacht und auch die Bevölkerung habe sich nicht erneut gegen die sowjetische Besatzung erhoben. Seine Ideale hätten allerdings schließlich Umsetzung in der Revolution von 1989/90 gefunden. Die Analyse von Abschiedsnachrichten stellt eine gelungene Ergänzung zur theoretischen Behandlung der Thematik dar, da sie diese mit persönlichen Schicksalen und Motivationen verbindet. Das Kapitel macht darüber hinaus die elementare Wichtigkeit einer funktionierenden Kommunikation für politische Suizide deutlich, da diese ihre Wirkung nur aufgrund ihrer informationellen Verbreitung entfalten.

Das sechste Kapitel bietet eine Diskussion über die Legitimität von Suiziden zur Erreichung von politischen Zielen. Im ersten Schritt werden Voraussetzungen für die Anerkennung als Märtyrer analysiert. Es folgt eine Untersuchung der Sichtweisen unterschiedlicher Kulturen, in denen es häufiger zu politisch motivierten Suiziden kommt zu folgenden Fragen: Wann ist es rechtens sich selbst zu töten? Wann darf man andere töten? Ist das Töten überhaupt erlaubt? Hierbei wird deutlich, dass es selbst innerhalb einzelner gesellschaftlicher Gruppen, die immer wieder zu Selbstmordanschlägen als Mittel der Auseinandersetzung greifen, Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf deren (religiöse) Legitimität gibt.

Im siebten Kapitel fasst der Autor dann die Forschungsergebnisse zusammen. Graitl sieht anhand seiner Arbeit die These Durkheims, dass der altruistische Suizid keinen Platz mehr in modernen Gesellschaften haben wird, als widerlegt an. Vielmehr habe die Herausbildung einer globalen Mediengesellschaft

zu einer Zunahme insbesondere politisch motivierter Selbstmorde geführt. Graitzl ist mit dem vorliegenden Buch eine umfassende analytische Zusammenstellung zum Thema politischer Suizid gelungen. Selbst Leser ohne Vorwissen werden kaum Schwierigkeiten haben, einen Einstieg in das Thema zu finden.

Andreas Sowa

Dierk Wahlen, Maritime Sicherheit im Bundesstaat. Kompetenzrechtliche Herausforderungen auf dem Weg zu einer Deutschen Küstenwache, Tübinger Schriften zum Staats- und Verwaltungsrecht, Band 89, Berlin (Duncker & Humblot), 2012.

Wahlens Monographie zur maritimen Sicherheitsarchitektur kommt zu einer Zeit, in der die maritime Sicherheit wieder vermehrt in das Blickfeld der Öffentlichkeit gelangt ist. Die Piraterie, aber beispielsweise auch die Bohrinselfälle in der jüngsten Vergangenheit mit zum Teil katastrophalen Auswirkungen auf die Umwelt, haben hierzu beigetragen. Beide Beispiele nehmen vorweg, mit welchen Problemen und Risiken maritimer Sicherheit sich Wahlen in seinem Buch beschäftigt, nämlich sowohl mit *Security*- als auch mit *Safety*-Aspekten, d.h. sowohl mit Risiken, bei denen es um die Abwehr äußerer Gefahren geht als auch mit Betriebsunfällen. Die Kritik Wahlens richtet sich vor allem auf drei Punkte: die komplizierte Behördenstruktur in Deutschland zur Gewährleistung maritimer Sicherheit, die bisher nur punktuelle Aufarbeitung einzelner Vorfälle durch die Rechtswissenschaft und das Fehlen einer allgemeineren Debatte zur maritimen Sicherheit, mit der Folge, dass die Defizite in der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet blieben.

Mit dem Koalitionsvertrag von 2009 habe es, so Wahlen, die Chance gegeben, die komplizierte nationale Behördenstruktur erstmals auf den Prüfstand zu stellen. Auch die Schaffung einer nationalen Küstenwache schien möglich (S. 33 f.). Doch das gegebene Versprechen einer grundlegenden Überprüfung sei nicht eingelöst worden. Der Autor setzt sich in seiner Monografie das ehrgeizige Ziel, die identifizierten rechtswis-

senschaftlichen Lücken zu füllen, insbesondere die rechtlichen Stolpersteine auf dem Weg zu einer nationalen Küstenwache aufzuzeigen und Lösungsvorschläge zu unterbreiten (S. 34), um letztlich die derzeit bestehenden Effizienzverluste (plastisch auf S. 103) zu minimieren.

Nicht mit jedem Vorschlag des Verfassers muss man einverstanden sein. So ist die vorgeschlagene kompetenzrechtliche Zuordnung der Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) zu den Küstenländern, quasi als Verlängerung des Küstenmeeres, kaum mit dem völkerrechtlichen Sonderstatus der AWZ vereinbar. Der Verfasser erkennt zwar auch das Problem, die Wirtschaftszone als Nicht-Staatsgebiet der innerstaatlichen Kompetenzzuordnung zu unterwerfen, ist aber davon überzeugt, dass die Vorzüge einer solchen Herangehensweise überwiegen und befürwortet somit im Ergebnis eine solche Zuordnung (S. 71). Dem Verfasser gelingt es dennoch insgesamt, die Problemstellung, die derzeitige Kompetenzstruktur, deren Bewertung und Möglichkeiten der Koordination und Kooperation *de lege lata* wie auch (verfassungs-)rechtliche Reformvorschläge verständlich und auf kompaktem Raum, aufzuarbeiten. Die Recherchetiefe der Arbeit ist hierbei ihrer praktischen Ausrichtung angemessen. Als kleiner Wermutstropfen muss der Stand der ausgewerteten Quellen gelten. So sind Veröffentlichungen bis Anfang 2010 berücksichtigt worden, was dazu führt, dass die Produkte der bereits angesprochenen „Renaissance“ der öffentlichen Diskussion über maritime Sicherheit nur ansatzweise eingearbeitet werden konnten. Dies ist angesichts der Veröffentlichung der Arbeit im Jahre 2012 bedauerndswert.

Ungeachtet dessen sind die Analysen des Verfassers im Ergebnis wohlbegründet, verständlich geschrieben, nachvollziehbar gefolgert und auch heute noch aktuell. Unter Anwendung der verfassungsrechtlichen Grundsätze zur administrativen Zusammenarbeit (S. 122 ff.) bewertet Wahlen nach der Herausstellung der Einzelkompetenzen die derzeit im Bereich der maritimen Sicherheit praktizierte behördliche Zusammenarbeit. Dabei kommt er zu dem Schluss, dass neben den rechtlich etwas herbeikonstruierten Weisungs-

rechten des Bundes im Rahmen der Schifffahrtsverwaltung (S. 167 f.) vor allem die Arbeit des Havariekommandos unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten bedenklich ist (S. 117 ff.; 168 ff.). In Anerkennung der Erfolge des Havariekommandos und seiner begrüßenswerten Linie einer konstruktiv-praktischen Zielsetzung folgend, fordert Wahlen besonders hier Ausbesserungen des Rechtsrahmens (S. 175) und belässt es nicht bei der bloßen Feststellung der Verfassungswidrigkeit. Die politisch angekündigte nationale Küstenwache ließe sich nach geltendem Verfassungsrecht nicht schaffen, bzw. wenn sie nach dem verfassungsrechtlichen *Status quo* eingerichtet würde, fehlten ihr wichtige Kompetenzen, was ihre effektive Aufgabenwahrnehmung erheblich behindern würde (S. 186). Als Abhilfe fordert Wahlen die „Erweiterung der legislativen und exekutiven Bundeskompetenzen um die verbliebenen Länderkompetenzen zur Gefahrenabwehr auf See“ (S. 191 und folgende für den ausformulierten Vorschlag).

Zu guter Letzt beschäftigt sich Wahlen auch mit der Rolle der Streitkräfte bei der Gewährleistung maritimer Sicherheit (ab S. 196). Auch hier ist die Darstellung verständlich und kompakt gehalten und gibt eine gute Übersicht über den Diskussionsstand. So verzeiht man dem Verfasser auch bereitwillig kleinere Unebenheiten und Auslassungen, wie die etwas unkritische Übernahme der Minderheitenansicht, nach der Art. 107 des Seerechtsübereinkommens auch für Kriegsschiffe eine innerstaatliche Befugnis zur Pirateriebekämpfung voraussetzt (S. 198 f.); diese Interpretation wird durch die autoritativen Sprachfassungen des Seerechtsübereinkommens (SRÜ) widerlegt. Ebenso hätte Wahlen auf das überraschende *obiter dictum* des Bundesverfassungsgerichts im Lissabon-Urteil eingehen können, das der EU abspricht, ein System kollektiver Sicherheit zu sein (S. 220). Im Ergebnis fordert der Verfasser die Ergänzung des Art. 87a GG durch eine Komplementärzuständigkeit der Deutschen Marine für völkerrechtlich zulässiges Verhalten. Auch hier ist zwischen 2010 und 2012 die Diskussion weitergeführt worden, sodass, beispielsweise durch den Hinweis auf das baldige Auslaufen des OEF-Mandates Ende 2010

(S. 249), der Bearbeitungsstand der Arbeit offenkundig wird.

Die Ausarbeitung von Wahlen stellt trotz kleinerer Kritikpunkte fraglos eine Bereicherung der rechtswissenschaftlichen Literatur zum Thema maritime Sicherheit dar. Seine detaillierten Analysen zum Kompetenzgeflecht führen dem Leser deutlich vor Augen, dass die derzeitige Struktur in Deutschland kaum geeignet ist, eine dringend notwendige und den Herausforderungen angemessene, schnelle und effiziente hoheitliche Reaktion zu gewährleisten. Die Untersuchungen zu den Möglichkeiten der Kooperation zeigen deutlich auch die Grenzen der Zusammenarbeit ohne Gesetzes- oder Verfassungsänderung auf. Es bleibt demnach zu hoffen, dass das Thema auf der politischen Agenda bleibt und der Gesetzgeber in naher Zukunft eine Lösung des Kompetenzgewirrs findet.

Tim René Salomon

Steven Pifer, Michael E. O'Hanlon: The Opportunity: Next Steps in Reducing Nuclear Arms, Washington D.C. (Brookings Institution Press), 2012.

In a world in which nuclear weapons remain the ultimate weapons of mass destruction, Steven Pifer and Michael E. O'Hanlon, in "The Opportunity", offer an optimistic view on arms control and propose a number of steps the United States should take in 2013 in that direction. The expertise of the authors leads them to conclude that a safer and more secure world can be reached through further cooperation. Steven Pifer, director of the Brookings Arms Control Initiative, is a retired foreign service officer. Michael O'Hanlon, an expert on U.S. defense and foreign policy, is Director of Research of the Foreign Policy Program of the Brookings Institution.

The key recommendation of the book is that the U.S. President should give nuclear arms control and nonproliferation a high priority in 2013. Pifer and O'Hanlon examine whether there could be another major U.S.-Russia arms reduction treaty and whether such a framework could comprise non-deployed strategic and non-strategic nuclear warheads.

The first part of the study describes U.S. interest in nuclear arms control as a tool to strengthen and enhance security of the U.S. and its allies. The focus is on efforts of the Obama administration to "reset" relations with Russia. The next chapter analyses strategic force reductions after the New START treaty. The New START treaty involves three limits. It states that both sides can have no more than 700 deployed ICBMs (intercontinental ballistic missile), SLBMs (submarine-launched ballistic missile) and heavy bombers, no more than 1550 deployed strategic warheads and no more than 800 deployed and non-deployed ICBMs and SLBMs and heavy bombers. The book provides a detailed description of the standpoints of both sides on future reductions. The authors describe the strategic issues that should be addressed and recommend that non-deployed strategic warheads should be added to the bilateral arms control agenda. The forth part of the book then offers three approaches to dealing with non-strategic nuclear weapons in arms control, namely via transparency and confidence-building measures, unilateral steps and negotiated limits. The next chapter deals with missile defense issues.

The book also proposes steps for strengthening monitoring and verification of the Comprehensive Test Ban Treaty (CTBT).

The authors argue that the U.S. does not need new and improved types of nuclear weapons, that it can ensure the dependability of a nuclear stockpile indefinitely without testing, and that it can detect nuclear weapon tests by other states. Approaches for a fissile material cutoff treaty are analyzed in the following chapter.

All in all, ideas for further steps of nuclear arms control are analyzed in a practical manner in order to gain support for future nuclear restraint regimes. The authors argue that the United States should prepare the grounds for multilateralizing the nuclear arms reduction process and stress a nuclear weapons-free world as a political goal. In order to achieve that goal, Pifer and O'Hanlon propose a four-step process, namely political commitments not to exceed current nuclear warhead

holdings, proportional reductions in total nuclear warhead holdings coupled with a comprehensive monitoring and safety regime, a formal multilateral arms treaty, and further confidence-building measures. They conclude by describing a 2017 scenario based on these proposals.

Is there then a nuclear arms control opportunity in 2013 and beyond? Pifer and O'Hanlon argue assertively that it is possible to pursue one more U.S.-Russian bilateral treaty, to include non-strategic warheads in such a process, to save money in defense budget and to multilateralize the nuclear arms control process. They achieve their stated purpose and develop their goals well. The book describes the motivations of a wide range of actors involved, such as Presidents and comparable positions, the U.S. Senate, Moscow hardliners and third countries as well as a wide range of issues, such as monitoring, verification, biological threats and reconstitution of arsenals in case of nuclear abolition.

However, their description of the 2017 landscape seems very optimistic. Moreover, it seems contradictory to support the position that as long as nuclear weapons exist, the U.S. will require an effective nuclear deterrent. This ignores the implication that as long as the U.S. remains a nuclear weapon state, other states will also be motivated to have nuclear weapons.

The book still makes a crucial contribution on its own since it clarifies decisions, treaties and certain informal arms control steps and describes the goal towards a denuclearized world by way of practical steps. Practically, this is quite a long-term process, and there is a long way to go.

Burcu Ceren Göynü